

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP) Welche Bundesministerien waren auf dem „Europafest“ der Bundesregierung am 25. März 2007 in Berlin rund um das Brandenburger Tor vertreten, und welche Gründe gab es für nicht vertretene Bundesministerien, sich nicht der Öffentlichkeit zu präsentieren?

**Antwort des Stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Michael Sternecker vom 2. April 2007**

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung koordinierte federführend anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge das Europafest der Bundesregierung am 25. März 2007.

An diesem Tag waren folgende Ministerien vertreten:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Auswärtiges Amt

Bundesministerium des Innern

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bundesministerium der Verteidigung

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerium für Gesundheit

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das Bundesministerium der Justiz war auf dem Europafest mit keinem Informationszelt vertreten. Gründe dafür sind die knappen finanziellen und personellen Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit und die mit den G8- und EU-Ratspräsidentschaften im Bereich Justiz einhergehenden erheblichen zusätzlichen Belastungen. Ungeachtet dessen hat die Bundesministerin der Justiz am 25. März 2007 im Rahmen

des Tages der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort gestanden.

2. Abgeordnete  
**Dr. Uschi Eid**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise haben nach Kenntnis der Bundesregierung Rat und Kommission der Europäischen Union die Kultur und Kreativwirtschaft in die seit 2005 neu ausgerichtete Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung – Bericht der Kok-Kommission 2004, Lissabon-Programm für die Gemeinschaft 2005, Fortschrittsbericht der Kommission 2006, Ergebnisse der Frühjahrsgipfel 2006 und 2007 – einbezogen?

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann,  
vom 30. März 2007**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft trägt bei zum Erfolg der seit dem Jahr 2005 neu ausgerichteten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Zahlreiche politische Initiativen berücksichtigen das Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa. Unter niederländischem Ratsvorsitz wurde bereits 2004 ein Arbeitsplan für den Bereich Kultur (2005 bis 2006) formuliert, welcher als eine politische Priorität die Förderung des Beitrages kultureller Kreativität und Branchen der Kulturwirtschaft zu Wachstum und Zusammenhalt (i. S. d. Lissabon-Strategie) in Europa benennt. Als Teil dieses Arbeitsplanes wurde im Auftrag der Europäischen Kommission eine Studie zum Thema „Kulturwirtschaft in Europa“ erarbeitet und im Oktober 2006 veröffentlicht. Sie dient der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament als Ausgangspunkt weiterführender Überlegungen und Aktionen in diesem Bereich.

Die Studie versucht eine Messung der direkten und indirekten sozio-ökonomischen Auswirkungen der Kulturbranche in Europa und benennt ihren Beitrag zu den Zielen der Lissabon-Agenda. Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft als Wachstumssektor wird betont. Der finnische Ratsvorsitz (im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2006) nahm die Studie zum Anlass, das Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft für die Lissabon-Ziele auf dem Rat der europäischen Kulturministerinnen und -minister im November 2006 zu thematisieren. Hierauf aufbauend werden zurzeit unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen zum Beitrag der Kultur, einschließlich des Kreativsektors, zur Verwirklichung der Lissabonner Ziele erarbeitet. Ziel ist die Annahme der Schlussfolgerungen auf dem formellen Rat der europäischen Kulturministerinnen und -minister im Mai 2007. Das informelle Treffen der europäischen Kulturministerinnen und -minister im Februar 2007 in Berlin zeigte Konsens, dass das Thema Kulturwirtschaft auch in den künftigen Arbeitsplan des Rates aufgenommen wird, ein Aktionsplan der Mitgliedstaaten auf der Ebene von Fachleuten erarbeitet sowie der Austausch von Erfahrungen über gute Beispiele nationaler Maßnahmen intensiviert wird. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8./9. März 2007 fordern die Europäische Kommission und den Rat dazu auf, mit Blick auf das Erreichen der Lissabon-Strategie ein besonderes Augenmerk